

Kutschaty will Grundrechte für Kinder

NRW-Justizminister für Klarstellung

Von Jörg Maibaum

NRW-Justizminister Thomas Kutschaty hat sich deutlich für eine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz ausgesprochen. Dazu habe sich Deutschland als Vertragsstaat der UN-Kinderrechtskonvention verpflichtet, machte der Essener Landespolitiker jetzt auf der vom Essener Kinderschutzbund und von Landgerichtspräsidentin Monika Anders initiierten Veranstaltung „Justiz und Kultur – Kinder stehen im Mittelpunkt“ vor über 100 Gästen aus Politik, Justiz und Stadtgesellschaft im Landgericht deutlich: „Dieser Verantwortung müssen wir endlich gerecht werden. Denn die aktuellen Formulierungen im Grundgesetz sind unzureichend.“

Es fehle die Klarstellung, dass bei allen Entscheidungen, die Kinder betreffen, das Kindeswohl vorrangig zu beachten sei „und zwar vor allen anderen Perspektiven“, so Kutschaty in seinem „Plädoyer für unsere Zukunft“. Dass dies nicht immer so sei, bekomme man täglich vor Augen geführt. Ein Fünftel aller Kinder wachse in Armut auf. Bildungschancen hingen vom Portemonnaie der Eltern ab und Schilder mit der Aufschrift „kinderfreie Zone“ seien keine Seltenheit: „Es macht einen Unterschied, ob ich Grundrechte auf ein Kind anwende oder ob es eigene Grundrechte bekommt.“

Kind angefahren: Radfahrer kümmert sich nicht

Die Polizei sucht einen Radfahrer, der am Montagmittag in Frohnhausen einen neunjährigen Jungen angefahren haben soll. Der Schüler war kurz nach 16 Uhr auf dem Gehweg entlang der Berliner Straße unterwegs. Er bog um die Ecke des Hauses Nummer 65 und lief weiter Richtung Aachener Straße. Dort wurde er von einem Radfahrer erfasst, der den Bürgersteig befuhr. Durch den Zusammenstoß stürzten sowohl das Kind als auch der Radfahrer. Nach Angaben der Polizei soll der Mann seine Fahrt kurz darauf fortgesetzt haben, ohne sich weiter um den Jungen zu kümmern oder die Polizei zu informieren. Zeugen beschreiben den Radfahrer als älteren, grauhaarigen Mann, der wohl mit einer Jeanshose und dunklen Schuhen bekleidet war. Sein dunkles Fahrrad sei mit mehreren gelben Wimpeln verziert gewesen. Hinweise nimmt die Polizei unter ☎ 8290 entgegen.

TÜV stellt weniger Mängel an Pkw fest

In Essen geht die Zahl der Fahrzeuge, die mit erheblichen Mängeln unterwegs sind, weiter zurück. Das teilte der TÜV Nord gestern mit. Demnach fielen im vergangenen Jahr 25,9 Prozent der Fahrzeuge beim TÜV durch. Sie mussten unverzüglich repariert werden, bevor sie nach einer Nachprüfung die TÜV-Plakette erhielten. Die häufigsten Mängel gibt es bei „Licht und Elektrik“, „Bremsen“ und der „Umweltbelastung“. Absolut verkehrsun sicher war ein Auto. Umgekehrt fanden sich bei mehr als 58 Prozent der vorgestellten Fahrzeuge gar keine Mängel am Wagen.

„Die Einkaufsstadt behauptet sich“

Der neue Mietspiegel der Grundstücksbörse Ruhr zeigt: Ladenmieten auf der Kettwiger und der Limbecker Straße sind stabil. Leerstehende Geschäfte gibt es kaum. Nur kleine Flächen sind nicht gefragt

Von Janet Lindgens

Irgendwie erschien dies bezeichnend: Dass gleich mehrere Buchstaben im prominenten Schriftzug „Essen die Einkaufsstadt“ auf dem Handelshof den Geist aufgegeben haben, sah mancher gar als Symbol dafür, dass eben jene Einkaufsstadt an Glanz verliert. Doch solchen Unkenrufen mag Makler Rainer Post von der Grundstücksbörse Ruhr nicht folgen. „Wir glauben an den Ruf der Einkaufsstadt“, sagt Post.

Die Läden entlang der Kettwiger und der Limbecker seien nahezu alle vermietet. Leer stehende Geschäfte sind derzeit kein Thema. Auch die Ladenmieten sind auf Essens Haupteinkaufsrouten weitgehend stabil. Wer ein Geschäft auf der Limbecker oder Kettwiger Straße eröffnen möchte, muss bis zu 120 Euro für den Quadratmeter zahlen. Dabei ist es auf der Kettwiger eher sogar teurer als auf der Limbecker, obwohl diese sich in jüngster Zeit besonders gemausert hat.

„Die neuen Gastronomiekonzepte werden mehr Frequenz in die City bringen.“

Rainer Post, Makler

Die Kettwiger hält sich also tapper, obwohl ihr mit der Eröffnung des Einkaufstempels Limbecker Platz schon der Niedergang prophezeit worden war. In der diesjährigen Passantenzählung der BNP Paribas landete sie im bundesweiten Vergleich wieder unter den Top 20. Für Post ein weiteres Indiz dafür, dass die Essener City nach wie vor ein Einkaufsmagnet ist, obwohl auch Stadtteile wie Rüttenscheid und Steele kräftig aufholen. Die neuen Läden am Kettwiger Tor und der große Umbau am Markt 1 würden den Ruf Essens als Einkaufsstadt „positiv beeinflussen“, meint Post.

Allerdings zeichnet sich ein Wandel ab: Kleinere Läden auf den Einkaufsmeilen sind bei Händlern kaum noch gefragt. Das hängt unter anderem auch mit dem Verschwinden vieler inhabergeführter Geschäfte zusammen. Die City wird mehr und mehr von den großen Einzelhandelsketten dominiert und diese suchen Läden mit größeren Verkaufsflächen.

Diese Entwicklung ist momentan



Die Ladenlokale an der Ecke Limbecker Straße/ Friedrich-Ebert-Straße werden umgebaut. Aus ehemals fünf Geschäften werden zwei. Ein Trend, der sich in der Innenstadt fortsetzen dürfte.

FOTO: ULRICH VON BORN

am Ende der Limbecker Straße gut zu beobachten. Die Läden in dem Haus gegenüber von Deichmann werden derzeit umgebaut. Aus ehemals fünf Geschäften werden zwei. Die Bäckerei-Kette Kamps will sich an dieser Stelle vergrößern und daneben zieht der Schuhhändler Footlocker ein. Dem Erscheinungsbild dürfte dies gut tun, nachdem schon in das benachbarte ehemalige C&A-Gebäude der Möbelhändler Maisons du Monde gezogen war.

Schwierige B-Lagen

Post macht aber keinen Hehl daraus, dass sich die Nebenstraßen in der Innenstadt weiter schwer tun. Denn lenkt man seine Schritte weg von Limbecker oder Kettwiger Straße, dann sieht die Welt schon deutlich schwieriger aus.

Hoffnung knüpfen die Experten der Grundstücksbörse Ruhr deshalb an gastronomische Entwicklungen wie auf der Rathenastraße. In die ehemalige Dresdner-Bank-Filiale zieht die Systemgastronomie Ginyuu ein und in der Rathauspassage eröffnet demnächst das japanische Restaurant Okinii. Post sieht damit auch die gastronomische Lücke, die es am oberen Ende der Kettwiger gäbe, geschlossen.

Experten bieten Beratung an

Neues Angebot rund um Fragen zur Immobilie von immopro.meo

Die Grundstücksbörse Ruhr will ihr Serviceangebot ausweiten und hat dafür jetzt die neue Plattform immopro.meo ins Leben gerufen. Dort wird künftig nicht nur der Mietspiegel der Grundstücksbörse veröffentlicht, sondern dort gibt es auch neue Beratungsangebote – unter anderem zu den Themen An- und Verkauf, strategische Optimierung von Immobilien, Problem-Immobilien und Immobilien zur Kapitalanlage.

„Wir wollen so mehr Transparenz und Fairness in den Markt bringen“, heißt es. Das Netto-Honorar für eine 60-minütige Erstberatung (150 Euro) wird der Freddy-Fischer-Stiftung (FFS) gespendet. Die FFS hilft unter anderem Kindern und Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Familien in Notsituationen.

Darüber hinaus soll es auch regelmäßig Vorträge zu verschiedenen Themen der Immobilienwirtschaft

geben. Auftakt wird eine Veranstaltung sein, die sich mit „Immobilien im Alter“ beschäftigt. Ein Termin steht noch nicht fest, wird aber auf der Internetseite von immopro.meo bekanntgegeben werden. „Wir sind darüber hinaus offen für Themenvorschläge und laden Interessierte ein, uns diese mitzuteilen. Wir werden dann aus unserem Netzwerk die entsprechenden Experten einladen“, sagte die Vorsitzende der Grundstücksbörse Corinna Spies.

1966 wurde die Grundstücksbörse Ruhr gegründet. Vereinsmitglieder sind Makler, Bauträger und Sachverständige aus den Städten Oberhausen, Mülheim und Essen. Der Sitz des eingetragenen Vereins ist das Haus der Industrie- und Handelskammer zu Essen, Waldthausenpark 2. jgr

Der Verein ist telefonisch unter ☎ 1892224 zu erreichen. Die neue Plattform immopro.meo ist im Internet unter folgender Adresse zu finden: www.immopromeo.com



Essener Mitglieder der Grundstücksbörse Ruhr v.l.: Corinna Spies, Carsten Frick, Klaus Peter Großmann und Rainer Post.

FOTO: MICHAEL KORTE

Frauenquote im Mittelstand ein zahnloser Tiger

Auch mittelständische Unternehmen sollen Frauen in Führungsebenen fördern. Gesetzliche Zielgrößen existieren jedoch nicht

Von Susanne Klose

Für die „Welt“ ist sie ein „Märchen“, die „Bild“ titelte gar mit „Entmündigung“. Das Gesetz mit der Quote erhitze die Gemüter. Was die wenigsten wissen: Neben den börsennotierten Unternehmen sind auch drittelmitbestimmte Firmen – Unternehmen, deren Aufsichtsräte zu einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern bestehen – betroffen. Eine Stichprobe im Essener Mittelstand anhand Stadtwerke und Entsorgungsbetriebe (EBE) zeigt: Weibliche Führungskräfte sind ein rares Gut.

Das offenbart allein die Aufstellung der Aufsichtsräte beider Unternehmen. So sitzen im Gremium der Stadtwerke Essen zwei Frauen und



Bettina Hellenkamp, Pressesprecherin Essener Entsorgungsbetriebe (EBE)

13 Männer, die Frauenquote beträgt also 15 Prozent.

Noch magerer sieht es bei der EBE aus: Von 18 Sitzen ist nur ein einziger von einer Frau besetzt, macht knapp sechs Prozent Frauenanteil. Beide Unternehmen sind nicht börsennotiert, die gesetzliche Frauenquote greift hier nicht. Als drittelmitbestimmtes Unternehmen

sind sie trotzdem vom Bund dazu angehalten, den Anteil an Frauen in den Führungsebenen sukzessive zu erhöhen. Eigentlich.

Denn der Teufel steckt im Detail: Das Einzige, was bis zum Stichtag – dem 30. September – festgelegt werden musste, ist eine Zielgröße.

Diese Regelung habe man in der Aufsichtsratsitzung der Stadtwerke auch berücksichtigt, so Pressesprecher Dirk Pomplun: „Wir haben aktuell zwei Damen im Aufsichtsrat und auf die haben wir unsere Zielquote festgelegt.“ Zukünftig wolle man das Thema aber weiterverfolgen. Gleiches gilt für die Entsorgungsbetriebe. Auf der letzten Aufsichtsratsitzung habe man die bereits bestehende Quote bis zum 30.

Juni 2017 festgeschrieben, so Bettina Hellenkamp, Pressesprecherin der EBE.

Im Gesetz heißt es dazu: „Liegt der Frauenanteil [...] bei Festlegung der Zielgröße unter 30 Prozent, so dürfen die jeweils festzusetzenden Zielgrößen nicht hinter dem tatsächlichen Status quo zurückbleiben.“ Klartext: Die bestehende Quote in den Führungsebenen mittelständischer Unternehmen kann, egal wie hoch, oder tief, für zwei Jahre als Zielquote festgesetzt werden.

Im Gegensatz zu den börsennotierten Unternehmen drohen bei Nichterfüllung der Verfügung keinerlei gesetzliche Konsequenzen. Allein der „Druck der Öffentlichkeit“ würde zu „ambitionierten Ziel-



Dirk Pomplun, Pressesprecher der Stadtwerke Essen

größen führen“, die einem gleichberechtigten Anteil von Frauen und Männern „nahekommen“.

Ein ernüchterndes Fazit. Somit sind die einzigen Unternehmen, die sich tatsächlich mit dem Suchen und Finden von Frauen für die Führungsebenen beschäftigen müssen, die Dax-Unternehmen.

Entmündigung klingt anders.